Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" vierteljährlich 2.20 RM., ausgebundenen 1.10 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 143 | Dresden, Donnerstag den 21. Juni 1928 | 39. Jahrg.

Parteiwirrwarr in Frankreich

S. Man klagt mit Recht in Deutschland über die zunehmende Zersplitterung der Parteien, und man vergleicht die parlamentarischen Verhältnisse in England, Oesterreich, Belgien und in den skandinavischen Ländern, wo schon jetzt das Dreiparteien-System besteht und wo die Entwicklung dahingeht, nach Ueberwindung des bürgerlichen Liberalismus die Politik auf einen Zweikampf zuzuspitzen zwischen sozialistischer Arbeiterschaft und kapitalistischer Reaktion. Nicht weniger zerfahren als in Deutschland sind aber die Verhältnisse in Frankreich, wo der Begriff der Parteien bei den Bürgerlichen noch viel verschwommener ist und wo obendrein die Parteienbezeichnungen noch viel irreführender sind als in Deutschland.

Angesichts der Bedeutung, die die französische Politik besonders für das deutsche Volk besitzt, ist es notwendig, die deutsche Oeffentlichkeit fortlaufend über die Vorgänge im Pariser Parlament zu unterrichten. Diese Aufgabe wird aber ungeheuer erschwert durch die Unzahl von Fraktionen und durch deren zum Teil nichtssagende oder sogar irreführende Namen. Dem deutschen Zeitungsleser brummt der Kopf, wenn er in Zeiten politischer Hochspannung oder nach einer wichtigen Kammerdebatte Parteienbezeichnungen liest, die ihm entweder nichts sagen oder sogar bei ihm ganz falsche Vorstellungen erwecken müssen. Deshalb verlohnt sich von Zeit zu Zeit der Versuch, diese politische Wirrnis zu erhellen. Der Augenblick scheint dazu gekommen, nachdem die neugewählten französischen Abgeordneten sich über ihre Fraktionszugehörigkeit, zum Teil nach langem Schwanken, klar geworden sind und nachdem die erste wichtige Kampfabstimmung im Palais Bourbon, der französischen Deputiertenkammer, stattgefunden hat.

Die offizielle Liste der parlamentarischen Gruppen ist dieser Tage erschienen. Wir geben sie hier wieder, wobei wir die Reihenfolge nach politischen Gesichtspunkten, und zwar von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, aufgestellt haben:

Kommunisten	13
Sozialisten	100
Linksunabhängige	15
Republikanische Sozialisten (offizielle)	13
Republikanische Sozialisten (nichtoffizielle)	18
Radikale	125
Radikale Linke	53
Demokratische Volkspartei	19
Unionistische Linke	18
Linksrepublikaner	64
Demokratisch-soziale Aktion	29
Republikanisch-demokratische Union (Gruppe Marin)	102
Nicht eingeschrieben	39

Die zwei einzigen Gruppen, die dem deutschen Leser nicht besonders erläutert werden müssen, sind die kommunistische und die sozialistische. Alle übrigen sind Gebilde, die einer Erklärung bedürfen. Die „Linksunabhängigen" sind eine ganz neue Gruppe, gebildet von Männern, die den Sozialisten nahestehen oder die ihnen sogar bis vor kurzem angehört haben, aber aus persönlichen Gründen die Partei verlassen mußten, z. B. Alexandre Varenne, der 1926 auf die Parteimitgliedschaft verzichtete, um den Posten des Generalgouverneurs von Indochina anzunehmen. Dennoch hatten die Sozialisten darauf verzichtet, ihm einen Gegenkandidaten entgegenzustellen. Praktisch dürften mindestens sechs von den 15 Mann dieser Gruppe stets mit den Sozialisten stimmen.

In der vorigen Kammer gab es nur eine Gruppe von „Republikanischen Sozialisten", die sich allerdings seit der Bildung der Regierung Poincaré in zwei Teile gespalten hatte: in Anhänger und in Gegner der Regierung. In der neuen Kammer wird es nun zwei getrennte Fraktionen dieses Namens geben: die eine, die eine Art Parteidisziplin anerkennt und ebenfalls den Sozialisten sehr nahesteht, während die andre aus persönlichen Anhängern von Briand und Painlevé, die selber Mitglieder dieser losen Gruppe sind, besteht und, wenigstens zur Zeit, die Regierung Poincaré unterstützt.

Die Radikalen (die sich auch „Radikalsozialisten" nennen), sind wieder die stärkste Gruppe im Parlament. Diese bürgerlich-demokratische Gruppe leidet aber an einem engen Mangel an Einheitlichkeit und Disziplin, der seit der Bildung der Regierung Poincaré ganz besonders schlimme Formen angenommen hat und der in der neuen Kammer bei der ersten Kampfabstimmung besonders deutlich zum Vorschein gekommen ist: nur eine kleine Minderheit folgt bedingungslos den radikalen Ministern Herriot und Queuille. Etwa ein Drittel unter Führung von Daladier, dem offiziellen Parteivorsitzenden, ist entschieden oppositionell. Der Rest schwankt zwischen Herriot und Daladier und sucht in kritischen Situationen sein Heil in der Stimmenthaltung.

Charakteristisch für diese Zerfahrenheit der Radikalen war ihr Verhalten bei der Abstimmung am 14. Juni über die von der Regierung gestellte Vertrauensfrage gegen den sozialistischen Antrag auf Freilassung aller inhaftierten — kommunistischen und autonomistischen — Abgeordneten. In der Fraktion war einstimmig beschlossen worden, Stimmenthaltung zu üben. Der Abgeordnete Ypon Delbos war beauftragt, diese Stellungnahme im Plenum kurz zu begründen. Als sein Name aufgerufen wurde, war er nicht aufzutreiben. Bei der Abstimmung stimmten 27 Radikale mit der Regierung, 35 gegen sie, 61 enthielten sich der Stimme. Nachträglich erklärten 8 von den letzteren, die Stimmenthaltung sei vom Fraktionssekretär gegen ihren Willen geübt worden, wären sie anwesend gewesen, dann hätten sie gegen die Regierung gestimmt! Ein schönes Durcheinander!

Die „Radikale Linke" ist die Gruppe Loucheur. Sie entspricht etwa dem linken Flügel der Deutschen Volkspartei. Sie ist gemäßigter als die offizielle Radikale Partei, und die Regierung, in die soeben ihr Führer Loucheur als Arbeitsminister eingetreten ist, kann sich einstweilen auf sie verlassen.

Die „Demokratische Volkspartei" ist eine Gruppe neueren Datums, der insbesondere einige elsässische Abgeordnete angehören. Es handelt sich um eine Arbeitsgemeinschaft von Katholiken, die in kulturellen Fragen reaktionär sind, aber auf den meisten andern Gebieten mit der Linken stimmen. Die französischen „Demokraten" stellen einen ersten Versuch dar, in Frankreich eine Partei nach dem Muster der deutschen Zentrumspartei ins Leben zu rufen.

Auch die „Unionistische Linke" ist ein neues Gebilde: es handelt sich um die Freunde des ehemaligen Radikalen Franklin Bouillon, die ihm gefolgt sind, als er die Partei im vergangenen Winter verließ. Diese Gruppe muß trotz ihrem Namen zur rechten Hälfte des Parlaments gezählt werden; das geht schon daraus hervor, daß sich ihr Gründer Franklin Bouillon bei der Wahl des Kammerpräsidenten von der Reaktion gegen den Sozialisten Fernand Bouisson aufstellen ließ — und durchfiel.

„Linksrepublikaner" und Mitglieder der „Demokratisch-sozialen Aktion" bilden die eigentliche Kerntruppe Poincarés. Nicht alle sind reaktionär, und insbesondere in innerpolitischen Fragen werden sie zuweilen mit der Linken stimmen. Aber gegenwärtig halten sie Fühlung mit der Rechten.

Die eigentliche große Rechtspartei ist die 102 Mann starke „Republikanisch-demokratische Union", die etwa unsern Deutschnationalen entspricht. Der Einfachheit halber nennt man sie am besten nach ihrem Führer, dem gegenwärtigen Pensionsminister Louis Marin. Innerpolitisch und außenpolitisch kann die Marin-Gruppe als die ausgesprochene reaktionäre Partei bezeichnet werden. Sie ist klerikal, arbeiterfeindlich, nationalistisch und militaristisch. Die ersten Statistiken nach den Wahlen hatten ihr nahezu 150 Mann zugesprochen, aber es haben sich schließlich nur 102 Mann zu ihr bekennen wollen, also etwa die gleiche Zahl wie in der früheren Kammer.

Die Liste der 39 „Nichteingeschriebenen", der „Wilden", umfaßt die verschiedensten Elemente. Die meisten von ihnen sind konservative Royalisten, einige sind autonomistenfreundliche Elsässer.

Besprechung der Vorschläge

SPD. Am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, traten die Führer der an der Regierungsbildung beteiligten Parteien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Müller, Franken, aufs neue zu einer Besprechung zusammen. Den Erörterungen lagen zugrunde die von dem Abgeordneten Müller, Franken, formulierten und am Vormittag den Fraktionen unterbreiteten Vorschläge für die nächsten Aufgaben der Regierungspolitik. Diese Vorschläge waren aufgestellt unter Berücksichtigung der von den beteiligten fünf Parteien in den vorhergegangenen Konferenzen gegebenen Anregungen. In einer Reihe von Punkten wurde Uebereinstimmung unter Vorbehalt redaktioneller Aenderungen festgestellt. Bei anderen Fragen ergaben sich zum Teil wesentliche Meinungsverschiedenheiten. So zunächst in der gesetzlichen Festlegung des 11. August als nationaler Feiertag. Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei sind bereit, diese gesetzliche Festlegung vorzunehmen mit der Einschränkung, daß, so wie das in Baden der Fall ist, für dringende Erntearbeiten gegebenenfalls Ausnahmen gestattet werden. Weiterhin konnte keine völlige Uebereinstimmung erzielt werden in denjenigen Punkten, die sich auf die Durchführung eines Amnestiegesetzes vor der Vertagung des Reichstages, auf die Abschaffung der Todesstrafe und auf die vorbehaltlose Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens beziehen. Endlich bestehen nach wie vor Differenzen bezüglich der Erweiterung der Mitbeteiligung der Arbeiter an der Gestaltung der Wirtschaft und ebenso der Frage des Agrarschutzzolles.

Die Beratung über mehrere Punkte der Vorschläge steht noch aus. Sie ist einer Sitzung vorbehalten, die für Donnerstag, vormittags 10 Uhr, einberufen wurde. Was das Problem der Umänderung der preußischen Regierung angeht, so erklärte die Deutsche Volkspartei zu Beginn der Besprechung, daß ihre Beteiligung an den weiteren Verhandlungen nicht etwa einen Verzicht auf ihre bekannten auf Preußen bezüglichen Forderungen bedeute.

Um 7 Uhr trat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die zu dem Bericht des Genossen Müller, Franken, Stellung nehmen wollte. Sie vertagte sich ohne Debatte auf Donnerstag, nachmittags 4 Uhr.

•

Es muß nicht die Große Koalition sein!

D. Berlin, 21. Juni. (Eig. Funkspruch.) Der Vorwärts sagt zu der gegenwärtigen politischen Situation: „Würde die Bildung der Großen Koalition zur Zeit scheitern, so wäre das für die Sozialdemokratie noch lange kein Grund, die Führung aus der Hand zu geben. Seit dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses haben wir immer wieder gesagt, daß es falsch ist, die Bildung einer Großen Koalition als einzige gegebene Möglichkeit hinzustellen. Angesichts des schleppenden und nicht besonders günstigen Standes der Verhandlungen scheint es an der Zeit, auch diese anderen Möglichkeiten ins Auge zu fassen. Alles in allem: sind Gang und Stand der Verhandlungen noch wenig erfreulich, so ist doch die Stellung der Sozialdemokratie so stark, daß man mit Ruhe die weitere Entwicklung abwarten kann."

Die Volkspartei und die preußischen Trauben

D. Die Deutsche Volkspartei, die immer noch bemüht ist, die Regierungsbildung im Reich mit einer Regierungsbildung in Preußen zu verbinden, hatte heute vormittag den Viererausschuß ihrer Fraktion unter Führung des Landtagsabgeordneten Stendel zum preußischen Ministerpräsidenten Braun geschickt, um nochmals zu erfahren, wie er sich zur Umbildung der preußischen Regierung stelle. Ministerpräsident Braun hat rund heraus erklärt, daß es ihm grundsätzlich abwegig erscheine, die Frage der Zusammensetzung der preußischen Regierung von der Regierungsbildung im Reiche abhängig zu machen. Die Ansicht, daß die preußische Staatsregierung stets so zusammengesetzt sein müsse, daß sich eine Homogenität mit der Reichsregierung ergebe, teile er nicht. Die Zusammensetzung der preußischen Regierung müsse sich ebenso, wie dies grundsätzlich bei den Regierungsbildungen anderer Länder zum Ausdruck komme, nach der des Landtages und nicht nach der Parteikonstellation des Reichstages richten. Nur durch Befolgung dieses Grundsatzes habe Preußen bisher eine stabile Politik treiben und es vermeiden können, in die mannigfachen Regierungskrisen im Reiche hineingezogen zu werden. Bei den preußischen Koalitionsparteien und bei ihm, dem Ministerpräsidenten, bestehe daher zur Zeit keine Neigung, über eine Aenderung der Regierungszusammensetzung in Preußen zu verhandeln. Es hänge einzig und allein von den staatspolitischen Notwendigkeiten Preußens ab, wann über eine Verbreiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln wäre.

Der Abgeordnete Dr. Wiemer, der anscheinend als Nachfolger für den vom Fraktionsvorsitz zurückgetretenen Abgeordneten von Campe zu betrachten ist, hat dem geschäftsführenden Abgeordneten des Zentrums im Landtag, Dr. Graß, mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei bereit sei, über eine Erweiterung der Regierungsbasis in Preußen zu verhandeln. Die Erklärung Dr. Wiemers ist von dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion weitergeleitet worden. Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages ist aber zur Zeit nicht verhandlungsfähig, da sie sich nach der gestrigen Sitzung bis zum 10. Juli vertagt hat.

Rücktritt in Bayern

Bruch zwischen Volkspartei und Deutschnationalen

S. München, 20. Juni. (Eig. Drahtb.)

Gemäß den Bestimmungen der bayerischen Verfassung sind die Minister der Regierung Held am Mittwoch, also am Tage vor Zusammentritt des neuen Landtags, von ihren Aemtern zurückgetreten. Sie führen bis zur Neubildung des Ministeriums die Geschäfte weiter. Wichtiger als diese politische Formalität ist das endgültige Scheitern der Verhandlungen zwischen den vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Fraktion zum neuerlichen Zusammenschluß einer Fraktionsgemeinschaft, wie sie in den letzten neun Jahren der bayerischen Parlamentspolitik bestanden hat. Der Bruch ist im wesentlichen auf die Stresemann-Leute zurückzuführen, die von Berlin aus zu diesem Entschluß gedrängt wurden.

Am Mittwoch konstituierte sich auch die um 11 Mann verstärkte, nunmehr 34 Abgeordnete zählende sozialdemokratische Landtagsfraktion. Zum ersten Vorsitzenden wurde wiederum Genosse Johannes Timm gewählt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280621/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG